

Bürgerbewusstsein Jugendlicher und junger Erwachsener: Auswirkungen sozialer und sozialpsychologischer Faktoren - Eine empirische Analyse

Lange, Dirk; Onken, Holger; Slopinski, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lange, D., Onken, H., & Slopinski, A. (2012). Bürgerbewusstsein Jugendlicher und junger Erwachsener: Auswirkungen sozialer und sozialpsychologischer Faktoren - Eine empirische Analyse. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 61(2), 169-178. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96450-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Bürgerbewusstsein Jugendlicher und junger Erwachsener

Auswirkungen sozialer und sozialpsychologischer Faktoren.
Eine empirische Analyse

Dirk Lange, Holger Onken und Andreas Slopinski



Prof. Dr. Dirk Lange, Direktor der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung Niedersachsen. Lehrt Didaktik der Politischen Bildung an der Leibniz Universität Hannover.

Zusammenfassung

Die folgende Analyse versteht sich als Beitrag zur Jugend- und Sozialisationsforschung im Spiegel des Bürgerbewusstseins. Kern der Untersuchung ist die Auswertung einer Umfrage unter Schülerinnen und Schülern im Alter zwischen 17 und 24 Jahren, die von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Leibniz Universität Hannover durchgeführt wurde. Dabei steht das politische Interesse im Mittelpunkt. Gefragt wurde, welche sozialen und sozialpsychologischen Faktoren das politische Interesse beeinflussen. Die Ergebnisse bestätigen, dass ein hohes politisches Interesse häufig mit einem hohen sozioökonomischen Status einhergeht und umgekehrt. Ein geringes politisches Interesse führt zudem zu einer geringen Zufriedenheit mit der Demokratie und überdurchschnittlich häufig zu resignierten und negativen Einstellungen gegenüber dem politischen System.



Holger Onken, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Er promoviert dort zum Thema Parteien und Parteiensysteme im Wandel.

1 Einleitung

Eine zentrale Aufgabe der Didaktik der Politischen Bildung besteht in der empirischen Erforschung des Bürgerbewusstseins. Das Bürgerbewusstsein kann als Gesamtheit der Vorstellungen und Einstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit verstanden werden. Im Bürgerbewusstsein bildet das Individuum den Sinn, der es ihm ermöglicht, diese wahrgenommene Wirklichkeit zu interpretieren und durch sein Handeln zu beeinflussen. Durch die empirische Analyse des tatsächlich vorhandenen Bürgerbewusstseins werden Erkenntnisse über die politischen Kompetenzen der Bürger gewonnen. Es gilt Antworten darauf zu finden, welche Faktoren die Vorstellungen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik beeinflussen (vgl. Lange 2008, 437). Um die Ursache für empirisch gemessene politische Einstellungen und Handlungen zu verstehen, müssen diese in ihrem Entstehungskontext, einschließlich des sozialen Kontextes, analysiert werden.

Die Frage nach den Einflussfaktoren des Bürgerbewusstseins ist eng verknüpft mit den Ansätzen der Sozialisationsforschung. Begreift man Sozialisation als „produktive Auseinandersetzung mit den äußeren, sozialen und physi-



Andreas Slopinski, Student der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (M. Ed.) Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

schen Umweltbedingungen und zugleich den inneren psychischen und körperlichen Vorgaben“ (Hurrelmann 2010, 7), kann für das Konzept des Bürgerbewusstseins zweierlei gefolgert werden. Zum einen sind das Bürgerbewusstsein und die damit verbundenen politischen Einstellungen ein Ergebnis von Sozialisationsprozessen. Zum anderen bildet das Bürgerbewusstsein auch die Grundlage für neue Sozialisationsprozesse, da die vorhandenen mentalen und habituellen Strukturen des Individuums die Interpretation neuer Umweltbedingungen maßgeblich beeinflussen. Folglich ist die politische Sozialisation als ein Lernprozess zu verstehen, „in dem sich ein Individuum jene Persönlichkeitsmerkmale, Kenntnisse, Einstellungen, Fähigkeiten und Werte aneignet, welche politisches Bewusstsein und politisches Verhalten strukturieren“ (Greiffenhagen 2002, 408). Dabei ist die Analyse der Lebensphase „Jugend“ von besonderer Bedeutung, da diese Phase eine besonders hohe Dichte hinsichtlich des Interaktionsprozesses zwischen Individuum und gesellschaftlicher Umwelt aufweist.

2 Politisches Interesse von Jugendlichen: Konzepte und aktuelle Analysen

Vor einer detaillierten Betrachtung der eigenen empirischen Erhebung werden nachfolgend grundlegende Konzepte und Analysekategorien zum politischen Interesse erörtert. In diesem Kontext werden auch empirische Erkenntnisse aus verschiedenen Jugendstudien diskutiert.

Das politische Interesse eines Individuums repräsentiert seine politische Anteilnahme und die Bereitschaft, sich kognitiv mit politischen Themen auseinanderzusetzen und Informationen und Wissen darüber aufzunehmen. Ein politisch interessiertes Individuum misst diesem Lebensbereich einen gewissen Wert bei. Aufgrund einer höheren Bedeutung des Lebensbereiches „Politik“ kann sich für das Individuum ein verstärkter Anlass ergeben, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen und weitere Kenntnisse darüber zu erwerben. Ein gewisses Grundinteresse für Politik kann bei Jugendlichen einen sich selbst verstärkenden Effekt hervorrufen. Aus der Anteilnahme am „Politischen“ wird eine Motivation erzeugt, aus der wiederum eine größere Aufmerksamkeit für politische Vorgänge folgen kann (vgl. Reinhardt 2005, 39). Ein erhöhtes Maß an politischem Interesse führt zudem in der Regel zu einem verbesserten Verständnis von politischen Prozessen und zu einer höheren Demokratiezufriedenheit. Hinzu kommt die Fähigkeit zu einer Selbstverortung innerhalb des politischen Systems, eine Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am politischen Leben.

Ein gewisses Maß an politischem Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist eine notwendige Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit eines demokratischen politischen Systems, denn ohne politisches Interesse ist eine politische Beteiligung nicht vorstellbar und ohne politische Beteiligung ist eine demokratische Mitbestimmung nicht zu realisieren (vgl. Niedermayer 2001, 19).

Auch wenn nachgewiesen werden kann, dass ein Zusammenhang zwischen einem hohen politischen Interesse und einer positiven Haltung zu demokratischen politischen Institutionen besteht, kann kein Automatismus festgestellt

Lebensbereich
„Politik“

Demokratie-
zufriedenheit

demokratische
Mitbestimmung

werden. Ein Rückgang des politischen Interesses beziehungsweise ein stagnierend niedriges politisches Interesse unter Jugendlichen birgt jedoch die Gefahr, dass sich die Basis des demokratischen Systems – wie etwa das Engagement in Verbänden, Parteien oder Vereinen – verringert (vgl. Hurrelmann 2010, 151).

Empirische Untersuchungen zeigen eine Diskrepanz zwischen der Bereitschaft sich aktiv politisch einzubringen und der Erwartungshaltung gegenüber dem politischen System auf. Gille, Krüger und de Rijke. (2000, 220 ff.) ermittelten, dass Jugendliche die Demokratie ganz überwiegend positiv bewerten und für die beste Staatsform halten. Allerdings sind sie mit der Umsetzung und den Strukturen nicht zufrieden. Dennoch ist die Bereitschaft gering, durch persönliches Engagement selbst Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen.

Langfristig erhoben wird das politische Interesse Jugendlicher in Deutschland durch die repräsentativen Befragungen der Shell Jugendstudien und des Deutschen Jugendinstituts DJI.

Shell Jugendstudien
Deutsches
Jugendinstitut DJI

In den 1970er und 1980er Jahren wurde der bisher höchste Anteil politisch Interessierter festgestellt. Nach der Wiedervereinigung nahm das politische Interesse zunächst stark ab. Gaben 1991 noch 57% der Befragten an, politisch interessiert zu sein, sank der Wert bis 2002 auf den bisher tiefsten Stand (34%). Seitdem ist eine leicht aufsteigende Tendenz zu verzeichnen, von 39% politisch interessierter Jugendlicher (2006) auf 40% im Jahr 2010. Von den Höchstständen früherer Jahrzehnte sind die Ergebnisse jedoch weit entfernt (vgl. Schneekloth 2010, 130f.).

Als maßgebliche Einflussfaktoren auf das politische Interesse werden das Geschlecht, das Alter, das Bildungsniveau sowie die soziale Herkunft analysiert. Der Anteil politisch interessierter Mädchen beziehungsweise junger Frauen ist durchschnittlich geringer als der von Jungen und jungen Männern. In der Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2010 gaben 42% der männlichen Befragten an, politisch interessiert zu sein. Unter den weiblichen Befragten waren es lediglich 31% (vgl. Schneekloth 2010, 132). Zudem wurde festgestellt, dass mit zunehmendem Alter das Interesse Jugendlicher an Politik steigt. 21% der 12- bis 14-Jährigen gaben an, politisch interessiert zu sein. Bei den 15- bis 17-jährigen waren es 33%, von den 18- bis 21-jährigen 38%. Den höchsten Wert erreichten die 22- bis 25-jährigen mit 47%.

Einflussfaktoren auf
das politische
Interesse

Auch zwischen dem formalen Bildungsgrad beziehungsweise dem angestrebten Abschluss und der Ausprägung des politischen Interesses besteht ein deutlicher Zusammenhang. Jugendliche, die einen formal niedrigeren Bildungsabschluss anstreben beziehungsweise bereits erworben haben, zeigen meist ein geringeres Interesse an Politik als Jugendliche, die einen hohen Bildungsabschluss anstreben. Jugendliche mit Hauptschulabschluss interessieren sich nur zu 18% für Politik, diejenigen mit mittlerer Reife zu 28%. Dagegen schätzten sich 50% der Befragten, die das Abitur anstrebten oder bereits erworben hatten, als politisch interessiert ein. Unter den Studierenden lag der Anteil sogar bei 66% (vgl. ebd., 131).

Ein weiterer Faktor, für den sich ein Zusammenhang mit dem politischen Interesse Jugendlicher nachweisen lässt, ist die soziale Herkunft. Darin werden unterschiedliche sozialstrukturelle Hintergründe des Elternhauses (Bildungsabschlüsse, berufliche Situation, Einkommenssituation, Wohnsituation usw.)

verdichtet. Empirische Ergebnisse im Hinblick auf diese Faktoren weisen darauf hin, dass sich Jugendliche aus sozial und ökonomisch höheren Schichten stärker für Politik interessieren als Jugendliche aus niedrigeren Schichten. Jugendliche aus der Unterschicht waren 2010 nur zu 16% politisch interessiert. In der unteren Mittelschicht waren es 26%. Jugendliche, die der Mittelschicht zugeordnet wurden, bekundeten zu 36% politisches Interesse. In der oberen Mittelschicht waren es bereits 48%. Den höchsten Wert erreichten die Jugendlichen aus der Oberschicht mit 51% (vgl. ebd., 131 f.).

3 Vorgehensweise bei der Datenerhebung und die Methodik der Analyse

Für die folgende Analyse wurden im Oktober 2009, unmittelbar nach der Bundestagswahl, 1236 Schüler an elf verschiedenen Schulen im Bereich Weser-Ems befragt. Die Befragten waren zwischen 17 und 24 Jahren alt. Um ein möglichst breites Spektrum verschiedener Bildungsgänge abzudecken, wurden gymnasiale Oberstufen an Gymnasien, berufsbildenden Schulen und Gesamtschulen sowie Berufsschulen bei der Befragung berücksichtigt. Damit wurden jedoch einige problematische Gruppen (z.B. arbeitslose Jugendliche) nicht erreicht. Die Befragung wurde an den Schulen vor Ort schriftlich durchgeführt, die Anonymität wurde gewährleistet.

Bestandteil des Fragebogens waren Fragen nach dem sozialen Hintergrund des Elternhauses, nach politischen Einstellungen der Jugendlichen selbst sowie deren soziodemographische Daten.

Auf Grundlage der Ergebnisse skaliert er Fragen wurde ein Index gebildet, mit dem das politische Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermittelt wurde. In den Index flossen drei Elemente ein, die als Indikatoren geeignet sind, den Grad des politischen Interesses aufzuzeigen. Zunächst das politische Wissen der Befragten, da es einen Zusammenhang zwischen dem Interesse an Politik und politischem Wissen gibt (vgl. dazu etwa Ingrisch 1997, 163 f.). Das zweite Element war das Maß an Aufmerksamkeit, welches die Jugendlichen den politischen Ereignissen vor der Bundestagswahl schenkten. Ergänzt wurde der Index durch die generelle Frage nach dem langfristigen politischen Interesse. Alle drei Fragen hatten skalierte Antwortvorgaben, die von 1 (nicht ausgeprägt) bis 5 (stark ausgeprägt) reichten. Anhand der von den Teilnehmern gewählten Selbsteinschätzung und auf Grundlage der Summe dieser drei Werte erfolgte die Indexierung. Danach erfolgte eine Unterteilung in drei Gruppen:

- Indexwert von 3 bis 7: geringes politisches Interesse
- Indexwert von 8 bis 11: mittleres politisches Interesse
- Indexwert von 12 bis 15: starkes politisches Interesse

Die Verteilung der Befragten ergab:

- 20,6% politisch gering Interessierte
- 61,1% politisch mittelstark Interessierte
- 18,3% politisch stark Interessierte

4 Welche Faktoren beeinflussen das politische Interesse Jugendlicher?

Die erhobenen Daten bestätigen zunächst, dass junge Männer stärker an Politik interessiert sind als junge Frauen. In der Gruppe der politisch gering Interessierten sind Mädchen und junge Frauen deutlich überrepräsentiert, während sich das Verhältnis in der Gruppierung der Jugendlichen mit stark ausgeprägtem Interesse umgekehrt. In der Gruppe mit den mittelstark Interessierten entspricht die Verteilung in etwa dem Gesamtdurchschnitt der Stichprobe.

Tabelle 1: Geschlecht und politisches Interesse

Geschlecht	Alle Befragten	Geringes politisches Interesse	Mittleres politisches Interesse	Starkes politisches Interesse
Männlich	45,1%	28,2%	44,0%	69,9%
Weiblich	54,9%	71,8%	56,0%	30,1%
	100%	100%	100%	100%

Quelle: Eigene Erhebung im Projekt „Politisches Interesse und politisches Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener“.

Die beiden folgenden sozialen Kriterien (angestrebter Bildungsabschluss und die Höhe des Haushaltseinkommens) stehen in Verbindung mit der sozialen Schicht, der die Befragten zugeordnet werden können. Hinsichtlich der Bildungsabschlüsse zeigt sich, dass die Kategorie „mittleres politisches Interesse“ etwa der Verteilung der gesamten Stichprobe entspricht. In der Gruppe der politisch gering Interessierten sind die Befragten, die einen mittleren Abschluss anstreben dagegen deutlich überrepräsentiert, bei den stark Interessierten gilt das für die Befragten mit höherem Abschluss.

Tabelle 2: Angestrebter Bildungsabschluss und politisches Interesse

(Angestrebter) Bildungsabschluss*	Alle Befragten	Geringes politisches Interesse	Mittleres politisches Interesse	Starkes politisches Interesse
Höherer Abschluss	45,2%	29,0%	45,7%	55,7%
Mittlerer Abschluss	54,8%	71,0%	54,3%	44,3%
	100%	100%	100%	100%

* Höherer Abschluss: Angabe der/des Befragten, dass ein akademischer Abschluss angestrebt wird
Mittlerer Abschluss: Angabe der/des Befragten, dass eine berufliche Ausbildung angestrebt wird

Quelle: Eigene Erhebung im Projekt „Politisches Interesse und politisches Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener“.

Auch das Einkommen, das dem Haushalt zur Verfügung steht, aus dem die Jugendlichen stammen, hat Einfluss auf ihr politisches Interesse. Ein geringes Haushaltseinkommen wirkt sich negativ auf das politische Interesse aus. Der

Anteil der Schülerinnen und Schüler aus Haushalten, die monatlich weniger als 1000€ zur Verfügung haben, ist in der Gruppe der politisch gering Interessierten mehr als doppelt so hoch wie in der Stichprobe insgesamt. Unter den Befragten aus der höchsten Einkommenskategorie (3000€ und mehr) ist der Anteil der Geringinteressierten mit 22,5% deutlich niedriger als ihr Anteil in der Stichprobe (33,8%).

Tabelle 3: Haushaltseinkommen und politisches Interesse

Haushaltseinkommen	Alle Befragten	Geringes politisches Interesse	Mittleres politisches Interesse	Starkes politisches Interesse
unter 1000 €	6,2 %	12,6 %	5,2 %	4,0 %
1000 bis unter 2000 €	28,8 %	31,1 %	27,3 %	26,5 %
2000 bis unter 3000 €	31,2 %	33,8 %	30,1 %	32,5 %
3000 € und mehr	33,8 %	22,5 %	37,4 %	37,1 %
	100%	100%	100%	100%

Quelle: Eigene Erhebung im Projekt „Politisches Interesse und politisches Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener“.

Bei den beiden mittleren Einkommensgruppen entspricht die Verteilung in den drei Teilgruppen annähernd der der Stichprobe. Befragte aus Haushalten, denen mehr als 3000€ zur Verfügung stehen, weisen überdurchschnittlich häufig ein starkes politisches Interesse auf und sind unter den Geringinteressierten deutlich unterrepräsentiert.

Die Bedeutung des Elternhauses für das politische Interesse Jugendlicher und junger Erwachsener wird dadurch unterstrichen, dass die Häufigkeit politischer Diskussionen mit den Eltern großen Einfluss auf seine Ausprägung hat.

Tabelle 4: Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus und politisches Interesse

Häufigkeit politischer Diskussionen im Elternhaus	Alle Befragten	Geringes politisches Interesse	Mittleres politisches Interesse	Starkes politisches Interesse
Gar nicht/selten	34,3%	67,8%	27,6%	14,2%
Mittel	33,8%	23,3%	39,2%	30,3%
Häufig/sehr häufig	31,9%	8,9%	33,2%	55,5%
	100%	100%	100%	100%

Quelle: Eigene Erhebung im Projekt „Politisches Interesse und politisches Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener“.

Der Anteil der Befragten, die mit ihren Eltern selten oder gar nicht über Politik diskutieren, beträgt nur etwas mehr als ein Drittel von allen Befragten aber über zwei Drittel derjenigen, die politisch gering interessiert sind. 31,9% von allen Befragten führen häufig oder sehr häufig politische Diskussionen mit ihren Eltern, unter den politisch stark Interessierten waren es 55,5%.

Erfragt wurde auch, welche Quellen Jugendliche zur Beschaffung politischer Informationen nutzen. Die traditionellen Medien, Fernsehen und Tageszeitungen, wurden mit Abstand am häufigsten genannt, wobei politisch stark Interes-

sierte das Fernsehen seltener Angaben als die beiden anderen Gruppen. Auffällig ist die überdurchschnittlich häufige Nennung des Schulunterrichts als wichtige Quelle durch politisch Geringinteressierte (38,5% im Verhältnis zu 23,1% Nennung durch die stark Interessierten).

Tabelle 5: Politisches Interesse und Quellen für politische Informationen

Medium	Gesamtergebnis	Geringes politisches Interesse	Mittleres politisches Interesse	Starkes politisches Interesse
Fernsehen	74,1 %	73,2 %	78,0 %	66,0 %
Tageszeitungen	54,5 %	43,1 %	58,0 %	56,6 %
Internetseiten	37,7 %	21,8 %	41,3 %	48,1 %
Schulunterricht	28,8 %	38,5 %	27,0 %	23,1 %
Gespräche in der Familie	25,6 %	21,8 %	27,4 %	24,1 %
Gespräche mit Freunden	19,6 %	14,2 %	20,9 %	23,1 %
Internet-Blogs	6,1 %	3,3 %	5,6 %	10,8 %

Quelle: Eigene Erhebung im Projekt „Politisches Interesse und politisches Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener“, Mehrfachnennungen waren möglich.

Informationsquellen die eine aktive Suche der Jugendlichen nach politischen Inhalten voraussetzen, werden dagegen von politisch stark Interessierten überdurchschnittlich häufig genannt. Dies gilt insbesondere für das Internet, das von den politisch gering Interessierten nur etwa halb so oft genutzt wird, wie von den beiden anderen Gruppen.

5 Wie wirkt sich das politische Interesse auf die Demokratiezufriedenheit und die politischen Einstellungen aus?

Ein weiterer Aspekt, dem in dieser Untersuchung nachgegangen wurde, ist der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Zufriedenheit mit der Demokratie. Tabelle 6 zeigt, dass mit steigendem politischem Interesse die Zufriedenheit mit der Demokratie zunimmt.

Tabelle 6: Demokratiezufriedenheit und politisches Interesse

Demokratiezufriedenheit	Alle Befragten	Geringes politisches Interesse	Mittleres politisches Interesse	Starkes politisches Interesse
Gar nicht/weniger	26,1%	35,6%	24,1%	20,9%
Mittel	45,2%	50,0%	44,2%	43,9%
Zufrieden/sehr zufrieden	28,7%	14,4%	31,7%	35,2%
	100%	100%	100%	100%

Quelle: Eigene Erhebung im Projekt „Politisches Interesse und politisches Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener“.

Die deutlichste Abweichung wurde zwischen der Gruppe der Geringinteressierten im Vergleich zu denjenigen, die ein starkes politisches Interesse auf-

weisen festgestellt. 35,2% der stark Interessierten sind mit der Demokratie zufrieden oder sehr zufrieden, aber nur 14,4% der Geringinteressierten.

Tabelle 7 zeigt, wie sich ein unterschiedlich stark ausgeprägtes politisches Interesse der Schülerinnen und Schüler auf ihre Zustimmung zu politischen Aussagen auswirkt. Betrachtet man das Ergebnis unter allen Befragten, fällt die hohe Bedeutung des Umweltschutzes auf. 62,9% sagen, er soll in Zukunft eine noch größere Rolle spielen. Die Wertschätzung für den Umweltschutz steigt mit zunehmendem politischem Interesse. Auch zu der Aussage, dass sich ihre Generation sich zu wenig für Politik interessieren würde, ist die Zustimmung mit 60% sehr hoch. Dieser Aussage stimmten immerhin auch 54% der politisch Geringinteressierten zu. Die politisch stark Interessierten beklagten sogar zu 67,5% ein mangelndes politisches Interesse ihrer Generation.

Tabelle 7: Zustimmung zu politischen Aussagen und politisches Interesse

Politische Aussagen	Alle Befragten	Geringes politisches Interesse	Mittleres politisches Interesse	Starkes politisches Interesse
Umweltschutz sollte in Zukunft eine noch größere Rolle spielen.	62,9%	52,3%	65,9%	67,0%
Meine Generation interessiert sich zu wenig für Politik.	60,0%	54,0%	60,1%	67,5%
Die Parteien werden sich immer ähnlicher.	38,8%	25,5%	41,8%	44,8%
Viele Probleme in Deutschland sind auf einen zu hohen Ausländeranteil zurückzuführen.	29,8%	38,5%	28,6%	20,8%
Im Großen und Ganzen geht es in Deutschland gerecht zu.	23,3%	13,0%	24,7%	33,5%
Meine Stimme macht bei Wahlen keinen Unterschied.	11,3%	23,8%	8,2%	3,8%

Quelle: Quelle: Eigene Erhebung im Projekt „Politisches Interesse und politisches Verhalten Jugendlicher und junger Erwachsener“, Mehrfachnennungen möglich.

Politisch stark Interessierte stimmten auch am häufigsten der Aussage zu, dass sich die Parteien immer ähnlicher werden (44,8% zu 38,8% von allen Befragten). Der Ansicht, dass viele Probleme in Deutschland auf einen zu hohen Ausländeranteil zurückzuführen sind, sind 29,8% der Befragten insgesamt. Politisch gering Interessierte stimmen dieser Aussage mit 38,5% überdurchschnittlich häufig zu.

Dagegen sind nur 23,3% von allen Befragten der Ansicht, dass es in Deutschland gerecht zugeht, bei den politisch stark Interessierten ist die Zustimmung zu dieser Aussage mit 33,5% am höchsten. Dies scheint vor dem Hintergrund, dass die Gruppe der politisch stark Interessierten einen überdurchschnittlich hohen sozioökonomischen Hintergrund aufweist, plausibel. Der Aussage, dass ihre Stimme bei Wahlen keinen Unterschied macht, stimmten 23,8% der politisch gering Interessierten zu. Ihr Anteil lag damit fast dreimal höher als im Durchschnitt. Die Abweichung zu den beiden anderen Gruppen ist sogar noch höher. Ihre Stimme mache bei Wahlen keinen Unterschied

meinten nur 8,2% der mittelstark Interessierten, politisch stark Interessierte glaubten das sogar nur zu 3,8%.

5 Fazit

Ziel dieses Beitrages war es, herauszuarbeiten, welche Faktoren die Ausprägungen des politischen Interesses Jugendlicher und junger Erwachsener beeinflussen. Das Konzept des Bürgerbewusstseins liefert Erklärungen für Kompetenzen und Verhaltensweisen von Individuen in politischen und gesellschaftlichen Bereichen außerhalb der persönlichen und familiären Sphäre. Auf Grundlage der Umfragedaten konnte nachgewiesen werden, dass der familiäre Hintergrund für die Herausbildung eines politischen Interesses sowie seiner Ausprägungen von zentraler Bedeutung ist.

Hinweise, welchen Stellenwert politische Themen im Elternhaus einnehmen, können anhand der Häufigkeit politischer Diskussionen hergeleitet werden (vgl. Tabelle 4). Die Befragten, die ein starkes politisches Interesse aufweisen, gaben häufiger als mittelstark Interessierte und Geringinteressierte an, dass sie mit ihren Eltern häufig oder sehr häufig über politische Themen diskutieren.

Es konnte zudem ein Zusammenhang zwischen dem sozialstrukturellen Hintergrund des Elternhauses und der Ausprägung des politischen Interesses und der Demokratiezufriedenheit Jugendlicher und junger Erwachsener aufgezeigt werden. Niedrige formale Bildungsabschlüsse und ein geringes Einkommen führen tendenziell zu einem schwach ausgeprägten politischen Interesse und einer geringen Zufriedenheit mit der Demokratie. Ein geringes politisches Interesse führt außerdem häufig zu resignierenden und ablehnenden Einstellungen gegenüber dem gesamten Lebensbereich Politik. Ein wichtiges Teilergebnis ist, dass politisch gering Interessierte den Politikunterricht überdurchschnittlich häufig als wichtige Informationsquelle für politische Inhalte und ihre Politikkenntnisse nannten. Dies legt nahe, dass die Schule der geeignete Ort sein könnte, um das Interesse Jugendlicher an Politik zu wecken.

Literatur

- Gille, Martina/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann (2000): Politische Orientierungen, in: Martina Gille/Winfried Krüger (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-jährigen im vereinten Deutschland. Opladen, S. 205-266.
- Greiffenhagen, Sylvia (2002): Politische Sozialisation, in: Martin Greiffenhagen/Sylvia Greiffenhagen (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden, S. 408-418.
- Hurrelmann, Klaus (2010): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim/München.
- Ingrisch, Michaela (1997): Politisches Wissen, politisches Interesse und politische Handlungsbereitschaft bei Jugendlichen aus den alten und neuen Bundesländern: Eine Studie zum Einfluss von Medien und anderen Sozialisationsbedingungen. Regensburg.
- Lange, Dirk (2008): Bürgerbewusstsein. Sinnbilder und Sinnbildungen in der Politischen Bildung. Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Heft 3/2008, S. 431-439.
- Niedermayer, Oscar (2001): Bürger und Politik. Wiesbaden.

- Reinhardt, Sibylle (2005): Politikdidaktik. Praxishandbuch für die Sekundarstufe I und II. Berlin.
- Schmidt, Rainer (2009): Berufsorientierung – Ein Meilenstein der Zukunftsfähigkeit. In: Berufsbildung, Heft 118, S. 27-31.
- Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven, in: Shell Deutschland (Hrsg.): Jugend 2010. Frankfurt am Main, S. 129-164.